nach ihren anfänglichen Erfolgen ist die Widerstandsfähigkeit der österreichischen Linien immer stärker geworden. Und Cadorna spricht bereits in verdächtiger Weise wieder von ungünstigen Witterungseinflüssen. Die täglich wiederholten Anstürme haben ihnen in den letzten Tagen nicht einmal mehr einen örtlichen Gewinn gebracht. Auf der Karsthochfläche um die Hermadastellung und um den Monte San Gabriele nordöstlich Görz dauert das ununterbrochene Ringen fort. Die letzten italienischen Reserven sind diesmal in den Kampf geworfen worden, aber Militärkritiker wie Oberst Gatti und andere angesehene Strategen haben in den Mailänder Blättern bereits mit einem resignierten Bedauern erklärt, daß Cadorna auch diesmal wieder den Durchbruch in Richtung Triest nicht erreicht hat. Und die Wut über den abermaligen Mißerfolg, mag ihn dazu bewogen haben, die unbefestigte Stadt Tag für Tag von der Luft her unter Feuer zu nehmen.

Reform der Ersten Kammer und Industrie

Die Verhandlungen des Sonderausschusses der sächsischen Zweiten Ständekammer für die verfassungsmäßige Neuordnung Sachsens zur Reform der Ersten Kammer sind in der Sitzung vom 28. August durch Abstimmung vorläufig zum Abschluß gebracht worden. Sie finden naturgemäß in den Kreisen der Industrie das größte Interesse. Hat doch gerade die Industrie, die durch ihre Beschäftigung des übergroßen Teiles der sächsischen Bevölkerung und mit ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und ihrer Steuerkraft das Rückgrat der sächsischen Volkswirtschaft bildet, seit Jahren die Ungerechtigkeit empfunden, die darin liegt, daß diesem so wichtigen Berufsstande in der Ersten Kammer bisher keine ausreichende Vertretung zugebilligt war. Der Tätigkeit des Verbandes Sächsischer Industrieller, der von Anfang seines Bestehens dieser Frage die größte Aufmerksamkeit gewidmet hat, ist es wohl zu danken, wenn die Auffassung, daß darin eine den bestehenden wirklichen Verhältnissen entsprechende Aenderung herbeigeführt werden muß, heute als Gemeingut nicht nur der Industrie, sondern darüber hinaus aller Kreise, die für derartige Fragen Verständnis haben, gelten kann.

Zur Beurteilung der Verhandlungen und Beschlüsse des Sonderausschusses ist es von Wichtigkeit, zu betonen, daß die Industrie für die Einrichtung ihrer Vertretung in der Ersten Kammer sich von Anfang an auf den Standpunkt der Wahl durch die Berufsgenossen gestellt hat. Denn nur so würde es möglich sein, immer die Persönlichkeiten als Vertreter der Industrie in die Erste Kammer zu entsenden, die das Vertrauen ihrer Berufsgenossen genießen und infolgedessen auch an leitende Stellen ihrer Organisationen berufen wurden. Es ist bekannt, daß in weiten Kreisen der sächsischen Industrie die Empfindung vorhanden ist, daß bei den jetzt üblichen Berufungen in die Erste Kammer häufig gerade an den Persönlichkeiten vorbeigegangen wurde, die die Industrie gern in der Ersten Kammer als ihre Sachwalter gesehen hätte.

Steht somit die Industrie auf dem Standpunkt der Wahl ihrer Vertreter in die Erste Kammer durch ihre Organisationen, so hält sie auf der anderen Seite an der Auffassung fest, daß die zahlenmäßige Vertretung der Industrie in der Ersten Kammer unter allen Umständen der Vertretung der Landwirtschaft mindestens gleich sein muß. Faßt man die Vertreter der landwirtschaftlich bebauten Fläche, wie das in der Deputation ganz richtig geschehen ist, als Vertreter der Landwirtschaft auf, so besitzt heute schon die Landwirtschaft ein Uebergewicht gegenüber der Industrie, das zugunsten der Industrie auszugleichen eine der vornehmsten Aufgaben der Neuordnung sein müßte. Dies um so mehr, als ja sicher auch die industriell genutzte Fläche im Königreich Sachsen bedeutsam sein dürfte, die Bedeutung der steuerlichen und wirtschaftlichen Leistungen aber weit über das hinausgeht, was von der landwirtschaftlich genutzten Fläche erzielt werden könnte, so daß die Industrie eigentlich berechtigt wäre, eine größere Zahl von Sitzen für sich zu fordern.

Auch dem Handel müßte die seiner Bedeutung entsprechende Vertretung der Ersten Kammer neben den anderen Berufen, die hierfür berechtigte Ansprüche erheben können, zugebilligt werden. Mit Rücksicht darauf, daß für fast alle diese Berufsstände geeignete Wahlkörper noch nicht vorhanden sind, dürfte auch der Gedanke, für die Wahlen der Ersten Kammer besondere Organisationen in irgend einer Form als Wahlkörper zu schaffen, bei den weiteren Verhandlungen der Deputation erwägenswert sein. Eine derartige Einrichtung würde jedenfalls die Anteilnahme an der Vertretung im sächsischen Herrenhaus auf die breite Grundlage stellen, die unter allen Umständen für eine solche Einrichtung notwendig ist.

Hindenburg über die Bedeutung der deutschen Volkswirtschaft

Der Reichstagsabgeordnete Felix Marquart hatte an hervorragende Männer des deutschen Volkes die Aufforderung gerichtet, ihm kurze Mahn- und Ermunterungsworte für Wiederaufrichtung der deutschen Volkswirtschaft zuzusenden. Der Chef des Generalstabes, Generalfeldmarschall von Hindenburg, antwortet in folgenden Ausführungen:

„Die deutsche Volkswirtschaft hat in diesem Kriege so Bedeutendes geleistet, daß sie auch die letzten Schwierigkeiten bis zum Frieden mit Sicherheit überwinden wird. Große Werte sind im Kriege zerstört worden; der Wiederaufbau stellt neue gewaltige Anforderungen. Wenn aber alle Erwerbsstände mit derselben Einigkeit und frohen Zuversicht ans Werk gehen, die sie während des Krieges so Hervorragendes leisten ließen, so werden die Wunden, die der Krieg unserem Wirtschaftsleben geschlagen hat, bald überwunden sein. Das unerschütterliche Vertrauen in die Tüchtigkeit unseres Volkes läßt mich froh in die Zukunft schauen. Das Heer führt seine Erfolge sehr wesentlich auf die aufopfernden Dienste der Volkswirtschaft zurück und wird dieser dafür durch einen ehrenvollen Frieden danken, der ihren Wiederaufbau gewährleistet.“

Zwei unerschrockene Telephonisten

(K. M.) Am 1. November 1916 mußte die in einer zerschossenen Ferme stark eingebaute 7. Batterie, Feldartillerie-Regiment . . . den ganzen Tag Beunruhigungsfeuer in das vom Gegner am 25. 10. 1916 eroberte Gelände abgeben. Als Antwort auf das Schießen wurde die 7. . . . und vor allem der linke Zug von 11 Uhr 30 vorm. bis 6 Uhr abends ununterbrochen mit mittlerem und schwerem Kaliber bedeckt. Gegen 3 Uhr nachm. war das feindliche Feuer, geleitet von Fliegern und Fesselballons, zur größten Heftigkeit gestiegen; in kurzen Zwischenräumen gingen Gruppe auf Gruppe in den räumlich beschränkten Raum des linken Zuges. Als der dort befindliche Mannschaftsunterstand von der Seite durch ein Geschoß eingedrückt wurde und dadurch die telephonische Verbindung zwischen dem rechten und linken Zuge gestört war, begaben sich die beiden Telephonisten

Gefr. Otto Potzsch, von Beruf Eisenbahnarbeiter, geb. 12. 6. 95 in Thekla, Amtsh. Leipzig, zuletzt in Leipzig-Reudnitz wohnhaft, und

Gefr. Hermann Lussky, von Beruf Kürschner, geb. 16. 3. 94 in Burghausen, Amtsh. Leipzig, zuletzt in Leipzig-Leutzsch wohnhaft,

mit seltener Unerschrockenheit vom rechten Zuge aus in den halbverschütteten Unterstand des linken Zuges, aus dem der dort befindliche Telephonist geflüchtet war, holten den Telephonapparat und verlegten die Leitung in dem Hagel der Geschosse in den ungefähr 20 Meter entfernten Geschützstand, so daß die telephonische Verbindung zwischen den beiden Zügen wiederhergestellt war. Wenige Minuten später zertrümmerte ein schweres Geschoß die starke Geschützdeckung, den Geschützstand zum wilden Chaos machend. Die Geschützbedienung und die beiden Telephonisten fanden hierbei den Heldentod.

Nachdem gegen 6 Uhr abends der schwere Beschuß aufgehört hatte, wurde das Geschütz durch die Reservebedienung von dem Geröll befreit. Das Geschütz hatte wunderbarerweise nur geringe Beschädigungen erlitten und konnte sich nach 2 Stunden an dem angeforderten Sperrfeuer wieder beteiligen.

* Der künftige Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, Exzellenz Schwander, hat, wie man uns schreibt, am Sonnabend die Tätigkeit in seinem neuen Amte aufgenommen.

Wilsons Antwort und die Presse

wtb. Wien, 2. September. (Drahtbericht.) In Besprechung der Antwortnote Wilsons an den Papst sagt die „Reichspost“ u. a.: Doch ist es, daß Wilson seine Dichtung über den Kriegsausbruch gerade in dem Augenblicke der Welt vorbeiklappert, wo das Geständnis Janaschkewitschs und Suchomlinows allem Schwindel ein Ende macht. Mitteleuropa kann es schwerlich schaden, wenn Wilsons Rote Deutschland und mittelbar dessen Verbündete einfach in Worten vernichtet. Aber in der Sache bedeutet die Antwort Wilsons ein vollkommenes Abrücken von den Kriegszielen des Verbandes, indem er die Zerstückelungs- und Aufteilungsprogramme mit fast verächtlichen Handbewegungen abtut und die bekannten Pläne der Pariser Abmachungen um so nachdrücklicher verwirft. Wenn er demonstrativ hervorhebt, daß die Teilnahme an den wirtschaftlichen Möglichkeiten, welche die Welt bietet, allen Nationen gewahrt werden müsse, auch den Deutschen, wenn sie die Gleichberechtigung anerkennen und nicht nach der Herrschaft streben, übersieht er, daß nicht das die Freiheit der Meere fordernde Deutsche Reich, sondern das alle Welthandelsstraßen beherrschende Großbritannien dieser Gleichberechtigung widerspricht. Wilson und der ganze Verband werden erfahren, was das deutsche Volk will, und daß seine Beherrscher nichts anderes wollen können. Dann wird Wilson jene Bürgschaften haben, ohne die ihm ein Friedensschluß unmöglich erscheint.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ schreibt u. a.: Wilson kennt nur ein Ziel, aus dem alten Deutschland ein neues Rußland zu machen. Wilson schändet den Friedensgedanken, wenn er gerade der höchsten sittlichen Autorität der katholischen Welt den Umsturz als einziges Mittel hinstellt, den Krieg zu beenden.

„Extrablatt“ meint, Wilson möge die Befreiung des deutschen Volkes ruhig diesem überlassen.

wtb. Budapest, 2. September. (Drahtbericht.) Ueber Wilsons Antwort sagt „Az Ujsag“ u. a.: Eine Erörterung über die Absichten und Kriegsziele der Entente ist nach der Antwort Wilsons überflüssig. Sie will keinen Frieden, bevor Deutschland nicht militärisch und politisch niedergebrochen ist.

Nach „Pesti Naplo“ erscheint die Antwort im ersten Augenblick als grobe Ablehnung. Später dagegen stelle die Note das deutsche Volk und die deutsche Regierung scharf einander gegenüber.

„Vilag“ sagt: Wir können darauf schwören, daß jede Macht, die im Namen des Volkswillens sagt, daß sie mit dem Gegner über Frieden nicht verhandeln kann, den Volkswillen verfälscht.

„Pesti Hirlap urteilt über Wilson, daß ihn ein Ozean nicht nur von den Kriegsschrecken trennt, sondern auch von der Erkenntnis europäischer Verhältnisse, daß er aber dennoch unwissend und heimtückisch in das Schicksal Europas eingreift und weiter seine Bundesgenossen zum Blutvergießen hetzt, denn der Krieg ist ihm ein gutes Geschäft.

wtb. Stockholm, 2. September. (Drahtbericht.) Zur Antwort Wilsons an den Papst schreibt „Nya Dagligt Allehanda“: Für denjenigen, der es versucht hat, sich die Kette der Ereignisse klarzumachen, die zum Kriege geführt hat und dann während des Krieges weiterwirkte, ist es kaum zweifelhaft, daß das schwerste Hindernis für die Verwirklichung von Wilsons Wünschen nicht die sogenannte deutsche Autokratie ist, sondern der englische Despotismus in bezug auf Völkerrecht und Handel. Hätte man England jemals dazu bringen können, das Völkerrecht auf dem Meere anzuerkennen, so wären wir von den schlimmsten Schwierigkeiten des Krieges, von dem empörenden gegenseitigen Hungerkrieg und dem unheimlichen U-Bootkrieg gegen Handelsschiffe verschont geblieben. Zugleich sehen wir, daß England durch seine Beschlagnahmungen und schwarzen Listen gerade eigennützige und für die Zukunft bedrohliche, wirtschaftliche Politik betreibt, wie sie Wilson verurteilte.

„Stockholms Dagblad“ vergleicht die Note Wilsons mit einer mittelalterlichen Bannbulle und meint, auch diese der Form nach religiös-ethischen Aktenstücke seien in Wirklichkeit rein politische Kampfmittel gewesen, denen jedoch die Gläubigen eine religiös verpflichtende Kraft zuerkannt hätten. In gleicher Weise, wie Papst Gregorius IX. gegen Kaiser Friedrich II. wende sich jetzt Wilson gegen Wilhelm II. mit einer Exkommunikation, deren Beweisführung die Gläubigen vollkommen befriedige, die außerhalb ihres Kreises jedoch recht offen vor der Kritik dalege. Im Anschluß an Wilsons Worte über das gleiche Recht der Völker auf Freiheit, Sicherheit, Selbstregierung und Teilhaftigkeit an gerechten Bedingungen für die wirtschaftlichen Vorräte der Welt bemerkt „Stockholms Dagblad“, die Zeit könne kommen, da die Neutralen sich veranlaßt sehen würden, Wilson an seine feierlichen Erklärungen zu erinnern. Allerdings hätten die Neutralen, durch Erfahrung klug gemacht, nicht das gleiche, unbedingte Zutrauen zu der Haltbarkeit der Versprechungen interessierter Völker, das Wilson als etwas Selbstverständliches vorauszusetzen scheine. Das Blatt macht darauf aufmerksam, daß der Satz des amerikanischen Präsidenten über die Nutzlosigkeit der Zerstückelung von Staaten und die Errichtung eigennütziger, wirtschaftlicher Verbände ein Urteil über das Kriegsziel der Ententemächte fälle, wie sie von diesen in ihrer früheren Antwort auf Wilsons Note formuliert worden seien, von den Ansprüchen auf das linke Rheinufer gar nicht zu sprechen.

Der Vatikan vor neuen Schritten

Von der italienischen Grenze meldet unser H. L.-Mitarbeiter:

Ein angesehenes Mitglied des „katholischen Volksvereins“ Italiens, dessen Präsident Graf della Torre bekanntlich vor kurzem vom Papst in Audienz empfangen worden ist, entwickelte mir in längerer Unterhaltung seine Eindrücke von den letzten Begebnissen in Sachen des päpstlichen Friedensschritt'es. Mein Gewährsmann, Vorstandsmitglied des genannten Vereins, ist eben aus Rom hier eingetroffen und sagte u. a.:

„Folgendes kann als der Plan des Vatikans bezeichnet werden: Aus den ablehnenden oder zustimmenden Antworten würde der Papst sich ein Bild machen können, wie seine zweite Note beschaffen sein müßte, die der ersten folgen würde. Die ablehnenden Regierungen würden doch ihre Antworten näher begründen müssen. Es wäre damit Gelegenheit gegeben, neue Argumente anzuführen, um die widerstrebenden Teile zu belehren. Der Papst betrachtet sich als die Instanz, die zwischen den kriegführenden Parteien so lange verhandeln will, bis diese letzteren sich selber zu den unmittelbaren Verhandlungen an ein und denselben Tisch begeben werden. Für den Papst komme es jetzt darauf an, falsche Vorstellungen auf der einen und auf der anderen Seite irrige Voraussetzungen und Auffassungen zu beseitigen, damit der Boden für gemeinsame Verhandlungen geschaffen würde. Es wäre dafür gesorgt, daß jetzt im Anschluß an die ermattenden Offensiven der Friedensnotenaustausch im Gang erhalten bliebe. Nur so würde es möglich gemacht, daß alle Parteien und Völker erfahren, wer von den Kriegführenden Unrechtes und Unmögliches fordere und wer nachzugeben hätte. Die Welt solle Gelegenheit erhalten, durch die päpstliche Vermittlungsstelle sich ein Urteil über die beiderseitigen Forderungen und die Berechtigung derselben zu bilden, um selber richten zu können. Den Feinden des Friedens würden die weiteren Schritte des Vatikans sicherlich sehr peinlich und ungelegen sein. Aber der hl. Vater wolle sich von dem Augenblick ab, wo er die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die Völker den Frieden wollen, und dieser Augenblick ist schon da, weniger um die Wünsche der Regierenden, als um die Forderungen der Regierten sorgen. Eine neue Note würde dies auch stark betonen. Die Regierungen würden schlecht beraten sein, die dann glauben könnten, weitere Ausflüchte machen zu dürfen.“

(z.) Frankfurt a. M., 2. September. (Eigener Drahtbericht.) Die „Frkf. Ztg.“ berichtet: Nach einer Havasmeldung aus Paris schreibt der „Temps“: Die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens scheinen gleich der italienischen Regierung der Ansicht zu sein, daß keine Veranlassung besteht, auf die Note des Papstes zu antworten. Die britische Regierung, die als einzige im Vatikan vertreten ist, hat sich mit der Bestätigung des Empfanges der Papstnote begnügt.

Ein Beitrag zum Lügenfeldzug der Entente

wtb. Wien, 2. September. (Drahtbericht.) Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Gelegentlich einer Sichtung des Aktenmaterials des serbischen Kriegsministeriums wurde ein vom 15. November 1914 datiertes Telegramm des serbischen Oberkommandos in Kragujevac vorgefunden, das ein grelles Licht auf die gewissenlose Verleumdungskampagne der Entente wirft. Dieses Telegramm lautet in wörtlicher Uebersetzung:

„An den Herrn Kriegsminister, Telegramm Nr. 3416 aus Kragujevac, abgefertigt 11. XI. 1914 um 7,20 nm., eingelangt 11. XI. um 8,10 nm., empfangen im Kabinett um 10,5 nm. Es ist notwendig daß durch unsere Presse unter verschiedenen Aufschriften in die Oeffentlichkeit gebracht werde, daß mit unseren gefangenen Soldaten in Oesterreich rob verfahren werde, daß unsere gefangenen Soldaten und weggeführten Bürger in die Reihen österreichischer und deutscher Soldaten geschickt und an der Grenze gegen Russen und Franzosen verwendet würden. Ich bitte zu erwirken, daß dieses ehestens durch unsere Presse mit der notwendigen Methode ausgeführt werde. O. Nr. 7034. auf Befehl des Stabschefs Oberst Jiv. Pavlovic, m. p. Demzufolge wurde am 12. d. M. an das Ministerium des Inneren geschrieben, daß es demgemäß dringend das Nötige anordne. 13. XI. 14. als Sektionschef in Nisch, dienstituender Oberst Ljub. M. Barjaktarovic, m. p. Presse f. Dj. O. Nr. 2296 dem Herrn Minister des Innern mit der Bitte zu schreiben, daß unsere Presse auf dieses Verlangen des O. K. hingewiesen werde. Kriegsminister Oberst Dusan P. Stefanovic, m. p.“

Einen unwiderleglicheren Beweis für die Verleumdungen, mit denen die Entente gegen Oesterreich-Ungarn bei den Neutralen Stimmung zu machen sucht, hat es wohl selten gegeben. Es ist noch in aller Erinnerung, welcher Sturm der Entrüstung durch die Welt der Entente ging, als dieses Lügentelegramm seine Rundreise antrat. Die schwersten Beschimpfungen wurden gegen Oesterreich-Ungarn geschleudert. Gegen die Niedertracht der Lüge kann eben die Ehrlichkeit schwer aufkommen. Nun hat ein Zufall dieses wichtige Beweisstück in die Hände der österreichisch-ungarischen Behörden gespielt. Man kann begierig sein, mit welchen neuen Lügen die Entente diese alte zu verteidigen suchen wird; angesichts eines solchen Beweisstückes dürfte indessen selbst ihre Kunst versagen.

Die letzte Sitzung des polnischen Staatsrates

wtb. Warschau, 2. September. (Drahtbericht.) Ueber die dreiundzweiundfünfzigste Plenarsitzung des Provisorischen Staatsrats vom 30. August unter dem Vorsitz des Vizemarschalls wird noch berichtet: Nachdem der österreichisch-ungarische Regierungskommissar Baron Konopka die bereits gemeldete Erklärung beider Okkupationsregierungen abgegeben hatte, wurde die Erklärung der in der Sitzung vom 25. August nicht anwesenden Staatsratsmitglieder zur Kenntnis genommen, wonach diese sich mit den damals gefaßten Beschlüssen solidarisch erklären. Ferner wurde der Bericht der Uebergangskommission über die Unterredung mit dem Generalgouverneur zur Kenntnis genommen. Es wurde festgestellt, daß die Uebergangskommission zur Erledigung der laufenden Angelegenheiten und zur Fertigstellung der angefangenen sowie Ueberweisung aller Angelegenheiten an die neuen polnischen Staatsbehörden gewählt ist. Die persönlichen Dienstleistungen des Kronmarschalls wird der Vorsitzende der Uebergangskommission erfüllen. Die Uebergangskommission wird selbst über den Augenblick ihrer Auflösung beschließen sowie über die Bureaus und Fonds des Staatsrates verfügen. Der Schriftführer wurde angewiesen, einen besonderen Bericht über die Tätigkeit des Staatsrates anzufertigen. Am Schluß der Sitzung dankte Vizekronmarschall Pomorski den Regierungskommissaren in überaus herzlichen Worten für ihr Wirken. Er betonte, daß die Regierungskommissare nicht nur Beamte der Okkupationsbehörden, sondern treue Freunde des Staatsrates und bemüht waren, alle Schwierigkeiten zu beheben. Im Namen der Regierungskommissare danken Graf Hutten-Czapski und Baron Konopka dem Vizekronmarschall für seine herzlichen Worte. Nachdem dem Vizekronmarschall für seine Arbeit gedankt war, wurde die letzte Sitzung des Staatsrats geschlossen.

wtb. Warschau, 2. September. (Drahtbericht.) Anläßlich des Uebergangs des Gerichtswesens an die polnische Behörde fand gestern in der Johannis-Kathedrale ein feierlicher Gottesdienst statt, den Erzbischof Jakowski unter großer Assistenz zelebrierte. Die Kirche war von einer großen Anzahl Andächtiger gefüllt. Von deutscher Seite nahmen teil u. a.: Obergarnisonmeister Oberstleutnant Brüggemann und Obergerichtspräsident Kamnitzer. Prälat Chelmicki wies in seiner Predigt auf die Bedeutung des Tages hin.

Fortbestand des polnischen Nationalkomitees?

(z.) Wien, 2. September. (Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.) Die „Zeit“ meldet aus Krakau vom 1. September: In der Sitzung des polnischen Nationalkomitees wurde eine Resolution vorgelegt, die sich für den Fortbestand des Nationalkomitees ausspricht. Der sozialdemokratische Reichsratsabgeordnete Daszynski erklärte, die Resolution stehe in krassem Widerspruch zur polnischen öffentlichen Meinung, die die Abschaffung des Nationalkomitees verlange, und verließ mit den engeren Parteigenossen und dem Abgeordneten der Stadt Lemberg Sliwinsky zum Zeichen des Protestes den Saal. Die Resolution wurde hierauf angenommen. Ferner wurde eine Resolution angenommen, die gegen alle Versuche protestierte, die polnische Armee und die polnische Regierung außerhalb Polens auf eigene Faust zu organisieren. Die beiden Resolutionen werden der heute in Krakau zusammentretenden Vollversammlung der polnischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten unterbreitet werden.

* „Alldeutsche Geschäftstüchtigkeit.“ Auf Wunsch des Herrn Rudolf Heubner stellen wir hiermit fest, daß dieser der in unserer Notiz „Alldeutsche Geschäftstüchtigkeit“ in unserer Abendausgabe vom 25. August 1917 erwähnten Anzeige vollkommen fernsteht. Der Artikel „Englands Ende“ ist seinerzeit als Zeitungsaufsatz erschienen und vom Verfasser dann einem ihm bis dahin nicht bekannten Herrn Fritz Reinhold kostenlos auf dessen Bitte zur Verwertung im vaterländischen Interesse überlassen worden, der in wenig glücklicher Weise Geschäftsinteressen damit verbunden hat.

* Der anhaltische Landtag nahm am Freitag in dritter Lesung das Gesetz über die Förderung des Kleinwohnungswesens einstimmig an und trat dann ein in eine Aussprache über eine Anfrage des Abg. Dr. Cohn und Genossen, betreffend Maßnahmen der Staatsregierung zur Versorgung der anhaltischen Bevölkerung mit Kohlen und Lebensmitteln im kommenden Winter. Nach einer ausführlichen Begründung durch den Antragsteller gab der Vorsitzende des Landesernährungsamtes, Kreisdirektor Dr. Gutknecht, eingehende Aufklärungen. Insbesondere sprach er die Hoffnung und Erwartung aus, daß bei der Anwendung der scharfen Bestimmungen über den Verbrauch von Gas das Bedürfnis in der Praxis doch wohl Berücksichtigung finden werde. Von den einzelnen Rednern wurde eine Reihe von Vorschlägen, Wünschen und Klagen, insbesondere über so manche Verordnung der Reichsstellen, vorgebracht, aber auch von allen Seiten der feste Wille zum Durchhalten betont.

— Landwirtschaft und Uebergangszeit. Man schreibt uns: Dem Vernehmen nach bereitet der Kriegsausschuß für die deutsche Landwirtschaft, der sämtliche deutsche landwirtschaftliche Organisationen in sich schließt, nach Beendigung der Vorarbeiten eine umfangreiche Denkschrift an den Präsidenten des Reichsernährungsamtes vor, in der die Abteilung für Produktion und Uebergangswirtschaft des Kriegsausschusses, die unter Leitung des Grafen von Schwerin-Löwitz steht, zu allen die Landwirtschaft betreffenden Fragen der Uebergangszeit eingehend Stellung nehmen wird. Die endgültige Beschlußfassung über die Vorlage der Denkschrift soll in einer im Laufe der nächsten Woche stattfindenden Tagung des Kriegsausschusses erfolgen.

Hotel Fürstenhof / Leipzig
Neu erbaut. Preise mäßig. Nähe Hauptbahnhof
Behagliches Haus I. Ranges.
Besonders geeignet für längeren Aufenthalt.
Mittagstisch 12-3 - Festsäle - Abendtisch 6-11 Uhr.